



AK Postwachstum (Hg.)

WACHSTUM – KRISE UND KRITIK

Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise

campus

Wachstum – Krise und Kritik

Der Arbeitskreis entstand aus einer Diskussionsgruppe im Kontext des Jenaer DFG-Forschungskollegs Postwachstumsgesellschaften. Zu ihm gehören: *Thomas Barth, Ulf Bohmann, Stefanie Graefe, Stephan Lorenz, Jörg Oberthür, Tilman Reitz, Stefan Schmalz* und *Peter Schulz*.

AK Postwachstum (Hg.)

Wachstum – Krise und Kritik

Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-50652-4 Print
ISBN 978-3-593-43471-1 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2016 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Gesetzt aus: Garamond
Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach
Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).
Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Einleitung:	
Wachstum – Krise und Kritik.....	9
<i>AK Postwachstum</i>	

I. Kapitalismus oder Industriegesellschaft

Wachstumskritiken – ökologisch und sozial.....	19
<i>Stephan Lorenz</i>	

Strukturprobleme der Krisenbewältigung: Weshalb die Wachstumskritik vom Kapitalismus nicht schweigen sollte.....	39
<i>Thomas Barth und Tilman Reitz</i>	

II. Stagnationstendenz oder ungleiches Wachstum?

Vom Industriekapitalismus zum Neofeudalismus? Überlegungen zu einer Zukunft auslaufenden Wirtschaftswachstums.....	63
<i>Karl-Georg Zinn</i>	

Ungleichzeitige Wachstumsdynamiken in Nord und Süd: Imperiale Lebensweise und sozial-ökologische Widersprüche.....	91
<i>Ulrich Brand und Stefan Schmalz</i>	

III. Entwürfe der Postwachstumsgesellschaft

Der Ausbau von Dienstleistungen als Grundlage einer
Postwachstumsgesellschaft115

Norbert Reuter

Postwachstumsökonomik als Reduktionsprogramm
für industrielle Versorgungssysteme135

Niko Paech

Nach dem Maschinensturm:
Überlegungen zu einer Erweiterung von
Technologiekritik in der Postwachstumsdebatte159

Jörg Oberthür und Peter Schulz

IV. Akteure der Transformation

Selbstveränderung, Kapitalismuskritik, Organisierung:
Transformationspotenziale der Degrowth-Bewegung.....179

Matthias Schmelzer

Degrowth und die Frage des Subjekts201

Stefanie Graefe

Commons & Care – Der Weg über
die Halbinseln anderen Wirtschaftens223

Friederike Habermann

V. Degrowth und Demokratie

Vorwärts in die Vergangenheit:
Postwachstum als Gemeinschaftsprojekt?
Zur Wiederentdeckung des Gemeinsinns245

Silke van Dyk

Ist eine nachhaltige Moderne möglich? Zum Verhältnis von Wachstum, sozialer Differenzierung und Naturverbrauch.....	269
<i>Bernd Sommer</i>	
Demokratische Transformation als Transformation der Demokratie: Postwachstum und radikale Demokratie.....	289
<i>Ulf Bohmann und Babara Muraca</i>	
Autorinnen und Autoren	313

Einleitung: Wachstum – Krise und Kritik

AK Postwachstum

Der Ausgangspunkt für den vorliegenden Band liegt gewissermaßen mehr als vier Jahrzehnte zurück: Zum einen begann in den 1970er Jahren, prominent angestoßen durch den 1972 veröffentlichten Bericht an den Club of Rome zu den *Grenzen des Wachstums*, eine ökologisch orientierte wachstumskritische Diskussion. Zum andern geriet die Weltwirtschaft in eine veritable Wachstumskrise, die rückblickend oft als »Krise des Fordismus« begriffen wurde. Schon ab Mitte der 1970er Jahre bezogen wachstumskritische Analysen wie die von Hans-Christoph Binswanger, E. F. Schumacher und André Gorz die ökonomische Krise und die politischen Antworten darauf in ihre Argumentation ein. Ein Zurück zum Wachstum erschien ihnen weder ökologisch noch gesellschaftlich wünschenswert (und teilweise auch ökonomisch verfehlt). In den vorherrschenden Krisenanalysen und Krisenbewältigungsstrategien spielten ökologische Grenzen allerdings keine nennenswerte Rolle. Stattdessen setzten sich ab Ende des Jahrzehnts in den frühindustrialisierten kapitalistischen Ländern neue ökonomische und politische Strategien durch, die für die abhängig Beschäftigten massive materielle Einbußen und Verluste von Organisationsmacht bedeuteten, während sie zugleich eine extreme Umverteilung nach oben, die Herausbildung einer globalen Finanzmarktelite sowie einen folgenschweren Umbau des Sozialstaats beförderten. Diese »neoliberale« Konstellation ist zunehmend in die Kritik geraten – von den globalisierungskritischen Protesten in Seattle oder Genua bis zu vielfältigen sozialwissenschaftlichen Analysen marktliberaler Politik und ihrer sozialen, ideologischen und ökonomischen Auswirkungen. Dabei ist seit einiger Zeit eine Wendung erkennbar, die den Impuls der 1970er Jahre in veränderter Weise fortführt: Die Kritik sozialer Ungleichheit und alternativloser Märkte verbindet sich mit ökologisch motivierter Wachstumskritik, und die letztere bewegt sich zunehmend im Horizont der Vermutung, dass das ökonomische Wachstum an seine geschichtlichen Grenzen stößt.

Möglich wurde diese Wendung erstens, weil sich die politischen Problemwahrnehmungen verschoben haben. Die Ökobewegungen verschafften ökologischen Fragen seit den 1970er Jahren steigende gesellschaftliche Anerkennung, was sich nicht zuletzt in einer breiten Institutionalisierung der Thematik zeigt. Nichtsdestotrotz spitzen sich in globalen Entwicklungen wie Klimawandel, Biodiversitätsverlusten oder der Gefährdung der Meere die ökologischen Probleme zu. Entsprechend gab und gibt es immer neue Anlässe für Mobilisierung und Protest, von der Anti-Atom-Bewegung über Stuttgart 21 bis zur geforderten Agrarwende. Die ökologische *Wachstumskritik* war allerdings früh zugunsten von Lösungs- und Konsenssuche in den Hintergrund getreten. Nach Überlegungen zu »qualitativem Wachstum« und »ökologischer Modernisierung« versprach seit Ende der 1980er Jahre die Idee »nachhaltiger Entwicklung« eine Ökologie, Ökonomie und Soziales versöhnende Perspektive, sogar im globalen Maßstab. Faktisch dominiert das Bestreben, Konflikte mit ökonomischen Ansprüchen zu vermeiden, gepaart mit der Hoffnung auf technologische Lösungen. Die erneuerte Wachstumskritik macht deutlich, dass man an den Versprechen der Nachhaltigkeit nur festhalten kann, wenn man über solche Rücksichten hinausgeht.

Sie trifft zweitens auf eine veränderte ökonomische Situation. Während die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 plastisch gezeigt hat, dass die wachstumsgenerierenden Potenziale neoliberaler (Wirtschafts-)Politik grundsätzlich erschöpft sind, hat sich parallel, zunächst vor allem in Südeuropa, eine neue politische Bewegung gegen den ökologisch wie sozial destruktiven Wachstumsimperativ formiert. Auch sachlich bestehen zwischen der »säkularen Stagnation« der Gegenwart und der Degrowth-Bewegung offenkundige Verbindungen. Letztere hat wesentlich dazu beigetragen, den vermeintlich zwingenden Zusammenhang von Wachstum und Wohlstand in Frage zu stellen. Zugleich betonen heute viele, die kapitalistische Zwänge, Ausbeutungs- und Zerstörungsprozesse kritisieren, die zunehmend scheiternde Expansionslogik des Systems und suchen Alternativen jenseits des Wachstums.

Analysen und Diagnosen zur ökonomischen und ökologischen Krise können sich vor diesem Hintergrund heute mehr als je zuvor wechselseitig befruchten. Zugleich erneuert sich aber auch der Konflikt zwischen Kritikformen, die entweder die ökologischen Grenzen des Wachstums oder die fatalen sozialen Effekte seines Ausbleibens betonen. Auf der einen Seite neigt man weiterhin dazu, die Opfer von Stagnations- und Schrumpfungssituationen (wie etwa in Südeuropa) zu übersehen, auf der anderen Seite tut

man sich weiterhin schwer, soziale Umverteilung ohne Wachstum zu denken. Der überstrapazierte Begriff der Krise erhält so einen plausiblen Sinn: Er benennt eine Notlage, aus der keine bereits erprobten Wege herausführen. Der vorliegende Band erörtert, wie es unter diesen Voraussetzungen mit der Kritik steht. Ist eine Wachstumskritik möglich, die konsequent soziale mit ökologischen Erwägungen verbindet und nicht von kapitalistischen Zwängen schweigt; sind sozial engagierte Stagnationsanalysen möglich, die nicht einfach auf produktivistische Gegenrezepte hinauslaufen?

Wir haben zu diesen Fragen »rote« und »grüne« Wachstumskritiken und Analysen der jüngsten Wachstumskrise zusammengebracht, die bereit sind, ihre unterschiedlichen Perspektiven aufeinander zu beziehen. Arrangiert sind sie nach Grundfragen, die wir für elementar und – nicht zuletzt aufgrund der Spaltungen im kritischen Feld – für noch nicht zufriedenstellend beantwortet halten.

Uns interessiert *erstens*, inwiefern die Dynamik destruktiven Wirtschaftswachstums mit unablässig wachsendem Ressourcenverbrauch genuin kapitalistisch bedingt ist oder als Folge allgemeiner industriegesellschaftlicher Weichenstellungen verstanden werden muss. Auch der Staatssozialismus war ja wachstumsorientiert und umweltzerstörend. In ökologischer Hinsicht können daher (wie Stephan Lorenz im ersten Beitrag des Bands hervorhebt) industrielle, nicht kapitalistische Wachstumsdynamiken als primär angesehen werden. Gleichzeitig scheinen aber (wie Thomas Barth und Tilman Reitz dagegen argumentieren) Profitakkumulation und ökologische Indifferenz derart grundlegend für kapitalistisches Wirtschaften zu sein, dass sie ökologisch-sozialer Politik enge Grenzen setzen. In der nach 1989 unverkennbar kapitalistisch gewordenen Weltwirtschaft stellt sich *zweitens* besonders die Frage, ob ein allgemeiner Stagnationstrend erkennbar oder sogar unvermeidlich ist. Eine Antwort (die Karl-Georg Zinn vertritt) lautet, dass Kapitalismus ohne Wachstum möglich und aus keynesianischer Sicht sogar längerfristig unausweichlich ist; die Alternativen bestehen dann wesentlich darin, ob das stagnierende Gesamtprodukt zunehmend »neo-feudal« nach oben verteilt wird oder ob man durch öffentliche Kontrolle solidarisch mit nicht mehr wachsenden Erträgen haushaltet. Das Stagnationsszenario könnte allerdings (wie Ulrich Brand und Stefan Schmalz darlegen) irrtümlich eine nordwestliche Perspektive verallgemeinern. Trotz der Krise von 2008 hat sich in China, Indien und anderen Ländern des globalen Südens ein Wachstumstrend durchgehalten. Generell fragt sich ökonomisch, ökologisch und sozial vor allem, welche Weltteile auf wessen Kosten weiterhin

zunehmend Arbeit einsetzen, Ressourcen verbrauchen und Güter verteilen können. Weitere Differenzierungen der Frage, wo und weshalb Stagnation droht, wären nötig. Besonders die Wachstumsprobleme in der notorisch nur begrenzt rationalisierbaren Sorgearbeit, die sich zunehmend aus dem Bereich unbezahlter weiblicher Hausarbeit in unterbezahlte, vorwiegend von Frauen ausgeübte Care-Berufe verlagert (ein in unserem Band durch Friederike Habermann angesprochenes Feld, s.u.), verdiente weitere Analysen.

Die ökonomische und die ökologische Krise lassen sich unter dem Titel »Degrowth by Disaster« zusammenfassen. Will man dagegen geplantes, vernünftiges Postwachstum bzw. »Degrowth by Design« setzen, sind nicht mehr diametrale Gegensätze, sondern verschieden angelegte Alternativen zu diskutieren. Unsere *dritte* Frage lautet, welche prinzipiellen Optionen für solche Entwürfe offen stehen. Eine Möglichkeit, die zwischen Vorschlägen qualitativen Wachstums und gezielter Wachstumsreduktion liegt, wäre ein Ausbau der weniger ressourcenintensiven Dienstleistungen, der sich (wie Norbert Reuter argumentiert) zudem in die Trends der Tertiarisierung und der allgemeinen Wachstumsabflachung einfügen würde. Vonnöten wäre dazu (ebenso wie im bei Zinn skizzierten positiven Szenario) eine deutlich erhöhte Staatsquote. Eine radikalere Möglichkeit bestünde darin, in allen Bereichen des Wirtschaftens auf Degrowth umzustellen, weil *keine* Branche ressourcenneutral wachsen kann und von jeder neu erzeugten Kaufkraft wieder ökologisch und menschlich schädliche Güter erworben werden. Für eine solche Version wäre (wie Niko Paech darlegt) ein Ausbau von lokaler Subsistenzproduktion, Reparaturarbeit und gegenseitigen Hilfeleistungen auf Kosten arbeitsteiliger, industrieller Massenproduktion nötig. Weniger Technik bedeutet allerdings mehr Arbeit. Eine neue, nicht auf Wachstum angelegte Konvivialität könnte (wie Jörg Oberthür und Peter Schulz ausführen) gerade auch technische Infrastrukturen und Artefakte einbeziehen.

Wie immer man die zu erreichende Postwachstumsgesellschaft beschreibt, ein geplanter statt desaströser Übergang zu ihr steht derzeit nur bei wenigen politischen Kräften auf dem Programm. Unsere *vierte* Frage lautet daher, wie eine Transformation von der Wachstumsgesellschaft zur Postwachstumsgesellschaft ermöglicht und begonnen werden kann. Dafür sollten zunächst die Akteure der Postwachstumsbewegung unter die Lupe genommen werden – wozu in Deutschland zuletzt die Leipziger Degrowth-Konferenz im Herbst 2014 die Gelegenheit bot. Eine (von Matthias Schmelzer ausgewertete) Erhebung von Hintergründen und Perspektiven der Teilnehmenden erlaubt die vorsichtige Hoffnung, dass hier wirklich eine soziale

Bewegung entstehen könnte, deren Mitglieder keine isolierte ökologische Sekte bilden: Neben traditionell ökologisch orientierten Beteiligten stehen moderne, urbane Reformerrinnen und sozialistisch Engagierte sowie eine größere Gruppe herrschaftskritischer Teilnehmender, die zwischen den anderen Gruppen vermitteln. Von dieser Vielfalt und vom praktischen Engagement der Beteiligten lässt sich auch erhoffen, dass bereits im Hier und Jetzt Weisen des Wirtschaftens erreichbar sind, die mit Wachstumszielen und der Logik der Profitakkumulation brechen. Wie im Feminismus muss man (so Friederike Habermann in ihrem Beitrag) vielleicht auch im Antikapitalismus und in der Degrowth-Bewegung nicht auf die große Revolution warten, um die kritisierten Verhältnisse umzuwälzen. Vielmehr fordern die allgegenwärtigen Erfordernisse des Sorgens und Teilens, die in der Profitökonomie nur notdürftig und krisenhaft organisierbar sind, freiwillige Kooperation geradezu heraus. Diese Kooperation erweist sich bei genauerer Betrachtung der fraglichen Güter und Leistungen – in Erziehung, Bildung, Pflege, kollektiver Güternutzung, der Kultivierung von Infrastrukturen und Lebensgrundlagen – zumindest häufig als die angemessene Form. Dennoch sind die Hoffnungen, die man realistisch in eine massenhafte spontane Degrowth-Praxis setzen kann, begrenzt. Das könnte nicht allein an den Zwängen ökonomischer Konkurrenz liegen, die den Alltag der allermeisten Menschen durchziehen. Vielmehr erscheint Wachstum (wie Stefanie Graefe darstellt) heutigen Subjekten in vielfacher Weise als Horizont ihrer Selbstentfaltung; die mehr oder weniger explizite Annahme, dass »wir« ohne ausgedehnte Konsummöglichkeiten und affektiv besetzte Arbeit freier und glücklicher wären, lässt sich kaum aufrechterhalten.

Wenn Postwachstum zwar erforderlich ist, aber weder von den führenden Parteien gewollt noch von größeren gesellschaftlichen Gruppen gewünscht wird, stellt sich schließlich *schließlich* die Demokratiefrage. Man kann (wie Silke van Dyk zeigt) in Teilen der Degrowth-Bewegung eine lokalistische und antistaatliche Haltung erkennen, die mit den Nachteilen auch die Vorteile anonymisierter, verallgemeinerter sozialer Rechte und Verwaltungsformen aufgeben will. An die Stelle eines Anspruchs auf Sozialleistungen könnte dann wieder die Abhängigkeit von der Familie und anderen Gemeinschaftsinstanzen treten. Umgekehrt kann man (mit Bernd Sommer) überlegen, ob ein Abbau funktionaler Differenzierung – also eine verringerte Eigendynamik von Wirtschaft, Recht, Wissenschaft usw. – nicht die Voraussetzung für den Eintritt in eine Postwachstumsgesellschaft wäre. Im besten Fall könnte das bedeuten, demokratisch zu kontrollieren, was zuvor

systemisch verselbstständigt war. Eine allgemeine Erkundung der Frage, was das spezifisch Demokratische an der Postwachstumsbewegung sein könnte (die hier Ulf Bohmann und Barbara Muraca unternehmen), zeigt die Neigung zu einer ambitionierteren, experimentelleren Demokratievorstellung. Sie wird im Beitrag auch mit Konzeptionen der »radikalen Demokratie« ins Gespräch gebracht, die auf eine Unterbrechung institutioneller Regelungen setzen. Die Schlussfolgerung ist, dass eine Transformation zur Postwachstumsgesellschaft nicht nur demokratisch organisiert werden sollte, sondern zugleich auch eine Transformation der gegenwärtigen Demokratie selbst bedeutet.

Die an der Entstehung dieses Sammelbandes beteiligten Personen haben in wechselnden Kontexten und seit mehreren Jahren intensiv über die Krise(n) wachstumsbasierter Gegenwartsgesellschaften und mögliche Alternativen diskutiert. Am Beginn stand der kritische Blick auf verschiedene Triebkräfte, Prozesse und Wirkungen des globalen Kapitalismus, deren Zusammenspiel sich später für die Analyse von Wachstumsregimen und ihrer Grenzen als zentral erwiesen hat. Eine wichtige Zäsur stellt dabei zunächst die Krise der Jahre 2007 und 2008 dar, die sich inzwischen als Ausgangspunkt einer Reihe weltweiter ökonomischer Verwerfungen begreifen lässt. Vor diesem Hintergrund konnten auch die Verhandlungen des 2008 in Jena veranstalteten Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie unter dem Titel *Unsichere Zeiten* beanspruchen, für eine breite Öffentlichkeit Antworten zu suchen – und offenbaren vor allem immensen Klärungsbedarf: Während Beobachtungen und Analysen übereinstimmend eine »Krise des Kapitalismus« festzustellen schienen, bestand und besteht selbst in der Fachgemeinschaft weder Einigkeit über die wesentlichen Merkmale des Kapitalismus noch darüber, wie sich eine »echte« Krise definiert, ganz zu schweigen davon, wie sie angemessen zu erklären und zu bewerten wäre – es genügt ein Blick auf den damaligen Pressespiegel, um das zu bestätigen.

Wie soll man auch einen »Kapitalismus« beschreiben, analysieren und wissenschaftlich kritisieren, zu dessen zentralen Merkmalen permanente Wandlungsfähigkeit gehört und der sich zumindest *prima facie* gerade durch die Krisen, die er induziert, stetig erneuert? Und wie ist seine Beziehung zu den Subjekten zu begreifen, die er in dieser Dynamik zugleich aktiviert und überfordert? Einen wesentlichen Klärungsimpuls haben Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa mit ihrem Buch *Soziologie – Kapitalismus – Kritik* (Frankfurt/M. 2009) gegeben. Mit der aus verschiedenen Perspektiven ent-

falteten kritischen Analyse der *Wachstumslogik* kapitalistischer Akkumulationsregime sowie mit ihrem Bezug auf *innere und äußere Wachstumsgrenzen* legten sie zugleich einen Grundstein für die spätere, 2011 in Jena eingerichtete DFG-Kollegforschungsgruppe *Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung, Dynamik und (De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften*. In diesem Kolleg kam auch explizit das Thema hinzu, das der vorliegende Sammelband gleichgewichtig mit dem ökonomischen diskutiert: die ökologischen Grenzen des Wachstums und die ökologisch motivierte Degrowth-Bewegung.

Viele Beteiligte des vorliegenden Sammelbands konnten sich im Zuge der geschilderten Entwicklungen frühzeitig mit eigenen Beiträgen zur neuen Kapitalismusdebatte positionieren (namentlich im Rahmen des Bands *Grenzverschiebungen des Kapitalismus*, Frankfurt/M./New York 2010), und mit dem Start der Kollegforschungsgruppe entstand vor diesem Hintergrund eine »interne«, am Jenaer Institut für Soziologie angesiedelte »Themengruppe«, die die Arbeit des Kollegs seither in unterschiedlichen Formaten begleitet. Durch ihre Arbeitsweise wird den Besonderheiten des (weder rein wissenschaftlichen noch bloß politischen) Gegenstands sachlich und in der Form der Diskussion Rechnung getragen: Ziel der gemeinsamen Arbeit ist es, ein breites Spektrum themenbezogener Positionen – auch solcher, die bislang möglicherweise randständig sind – aufeinander zu beziehen und hierbei zugleich Akzente zu setzen, die sich aus der eigenen Forschung herleiten. Dass eine kritische und kritikoffene Debatte möglich und machbar ist, konnten wir gemeinsam mit den Autorinnen und Autoren des Bandes während zweier Workshops in den Jahren 2013 und 2014 erfahren, die wir zu den Themen »Wachstumswänge im Kapitalismus« und »Entwürfe der Postwachstumsgesellschaft« in Jena durchführten. Der Band präsentiert zentrale Ergebnisse dieser Veranstaltungen sowie daran anschließende Überlegungen. Wir hoffen, damit zu neuen Dialogrunden in einer Kontroverse beizutragen, die fast zwangsläufig weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Über die Jahre haben viele Personen in wechselnden Konstellationen an der Jenaer Themengruppe mitgewirkt, mitdiskutiert und mitorganisiert. Aus ihrer Mitte entstand der *Arbeitskreis Postwachstum*, der als Kollektivherausgeber des vorliegenden Bandes fungiert. Die redaktionelle Betreuung wurde von Thomas Barth, Ulf Bohmann, Stefanie Graefe, Stephan Lorenz, Jörg Oberthür, Tilman Reitz, Stefan Schmalz und Peter Schulz übernommen. Für Hilfe bei der Manuskripterstellung danken wir insbesondere Anna Mehlis und auch Ramona Schmidt.

I. Kapitalismus oder Industriegesellschaft

Wachstumskritiken – ökologisch und sozial

Stephan Lorenz¹

Vor drei Jahrzehnten sorgte Ulrich Beck mit seiner Formel: »Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch« (1986: 48) für Unruhe in der zeitdiagnostischen Soziologie. Dass ökologische Probleme nun alle betreffen, während elementare soziale Not in Zeiten des »Fahrstuhleffekts« als weniger dringlich erscheinen sollte, provozierte vor allem die Ungleichheitsforschung. Becks Aufwertung des Ökologiethemas folgte einem wachstumskritischen Impuls: Angesichts der existenziellen ökologischen Krise kann die Lösung sozialer Verteilungsprobleme in den reichen Ländern nicht mehr im Rezept der Nachkriegsjahrzehnte liegen. Denn immer mehr zu produzieren, um mehr verteilen zu können, erwies sich als ökologisch unhaltbar. Die folgenden Kontroversen liefen freilich oft – und bis heute – darauf hinaus, soziale und ökologische Problemdeutungen gegeneinander auszuspielen.

Zweifellos gab es viele Versuche, aus der Konfrontation von Ökologie und Sozialem herauszufinden. Beck bot im Jahre 2008 eine neue Formel an, nämlich: »Klimawandel ist beides: hierarchisch *und* demokratisch« (2008: 39). Der Klimawandel ist ein globales Phänomen, das deshalb alle betrifft, wenn auch auf ungleiche Weise. Aber bereits die Nachhaltigkeitsdebatte ist seit über 25 Jahren auf ein Zusammendenken von Ökologie und Sozialem aus. Sie präferiert freilich häufig optimistische Win-win-Situationen und sucht eher nach »Versöhnung« mit dem gesellschaftlichen Wachstumsmodell als sich den Konfliktlinien zuzuwenden (Brand 2014: 54ff.; Fuchs u.a. 2015). Gerade die häufige Aufforderung zur Integration verdeutlicht, dass es so leicht offensichtlich nicht ist. Der wahre Kern der älteren Beck'schen Formel ist deshalb darin zu sehen, dass ökologische und soziale Probleme eben verschiedenen Mustern folgen. Dies liegt jedenfalls als These meinen folgenden Ausführungen zugrunde. Ein Zusammenwirken beider ist sicher

¹ Meine dem Beitrag zugrunde liegenden Arbeiten (Lorenz 2014) entstanden im Rahmen eines von der VolkswagenStiftung geförderten soziologischen Projekts zum »Bienensterben« (Az. 86.161).

oft zu beobachten, sowohl im Sinne einer wechselseitigen Verschärfung von Problemen (exemplarisch Lorenz 2015) als auch in Win-win-Optionen bei der Lösungssuche. Die folgenreiche Konsequenz der Ausgangsthese ist aber, dass sich soziale und ökologische Probleme nur dann konzeptuell im Sinne eines nachhaltigen Zusammenwirkens verbinden lassen, wenn gerade ihre Unterschiede verstanden und berücksichtigt werden.

Schnell ersichtlich werden die Differenzen daran, dass sich ökologische und soziale Problemlösungen nicht aufeinander reduzieren lassen. Daraus, dass es sozial gerecht zugeht, lässt sich nicht folgern, dass damit auch die ökologischen Probleme gelöst wären. Der soziale Ausgleich in den prosperierenden Nachkriegsgesellschaften etwa wurde, wie sich herausstellte, auf Umweltkosten geleistet. Umgekehrt bedeutet die Lösung ökologischer Probleme nicht zugleich eine Überwindung von Armut.

Ich möchte im Folgenden der Differenz von Ökologie und Sozialem weiter nachgehen und fragen, was diese für die wachstumskritische Debatte bedeutet. Ich vereinfache die Gegenüberstellung für die Diskussion, indem ich mich auf die immer wieder anzutreffende Konfrontation von ökologischer Wachstumskritik als Industrialisierungskritik und sozialer Ungleichheitskritik als Kapitalismuskritik konzentriere, was ich im folgenden Abschnitt weiter ausführe (1). Das ist zweifellos eine starke Einengung der Thematik, erlaubt mir aber in diesem Punkt eine detaillierte Auseinandersetzung, die zugleich meine bisherigen Ausführungen (Lorenz 2014) weiter fundieren kann (2). Die Diskussion wird darauf hinauslaufen, zu zeigen, dass Ökokritik und Kapitalismuskritik jeweils eigene Verständnisse von Wachstum verfolgen, das heißt unterschiedliche Triebkräfte für problematische Entwicklungsdynamiken der Gesellschaft verantwortlich machen, und dass dies mit ihrem jeweils primären Problemfokus zusammenhängt. Die im Beitrag genutzten Unterscheidungen lassen sich wie folgt gegenüberstellen:

	Soziales	Ökologie
Wachstumskonzept	Kapitalismus	Industrialismus
Problembezug	Ungleiche Verteilung	(Über-) Nutzung
Entwicklungsmodus	Kalkulierende Rationalität	Wissenschaftlich-technische Rationalität
Dynamik/Antrieb	Kapitalakkumulation/ Profitinteressen	Innovation + »Nebenfolgen«/ Naturbeherrschung

Tabelle 1: Gegenüberstellung Wachstumsverständnisse